

Höchstspannungsleitung

BBPIG Vorhaben Nr. 1 – A-Nord

(Emden Ost – Osterath)

Plan und Unterlagen nach § 21 NABEG

Teil H – Mitzuentscheidende Genehmigungen, Zulassungen und Befreiungen

H1.5 – Antragsunterlagen zur Querung von Überschwemmungsgebieten

Planfeststellungsabschnitt NDS3

„Niedersachsen Süd“

von der Gemeindegrenze Wietmarschen/ Nordhorn bis zur Bundesländergrenze

von Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen

Bearbeitungsstand: September 2023

Version: 1.0

Vorhabenträgerin



Amprion GmbH

Robert-Schuman-Straße 7
44263 Dortmund

Ansprechpartner

Carsten Stiens
Gleichstrom-Netzprojekte
Projekt A-Nord
Tel. 0231-5849-16088

Auftragnehmer



Ingenieurbüro H. Berg & Partner GmbH

Gewerbepark Brand 48
52078 Aachen



BjörnSEN Beratene Ingenieure GmbH

Maria Trost 3
56070 Koblenz

Inhalt

1.1	Querung von Überschwemmungsgebieten (ÜSG).....	9
1.2	Baubedingte Einflüsse.....	9
1.2.1	Baustellenbetrieb.....	9
1.2.2	Offene Bauweise	10
1.2.3	Geschlossene Bauweisen	11
1.2.3.1	HDD-Verfahren	11
1.2.3.2	Kurzvortriebe/Pilotrohrverfahren/Mikrotunnel	12
1.2.4	Wasserhaltung.....	12
1.3	Betriebsbedingte Einflüsse	13
1.4	Darlegung von Verbots- und Befreiungstatbeständen gemäß WHG und LWG ...	13
2	Zusammenstellung der betroffenen Überschwemmungsgebiete	15
3	Einzelbeschreibung der betroffenen Überschwemmungsgebiete.....	16
3.1	Überschwemmungsgebiete 124 Lee	16
3.2	Überschwemmungsgebiet 125 Heseper Graben und 146 Vechte	17
3.3	Überschwemmungsgebiet 264 Eilingerbecke mit Schrappsbecke/Wüstegraben ..	18
3.4	Darlegung der Verbots- und Genehmigungstatbestände sowie der Befreiungsvoraussetzungen	18
4	Schlussbemerkung	20
5	Literaturverzeichnis	21

Abbildungsverzeichnis

Abb. 3-1:	Lageplanausschnitt zum Verlauf der Trasse NDS3 im ÜSG 124 Lee und 125 Heseper Graben.....	16
Abb. 3-2:	Lageplanausschnitt zum Verlauf der Trasse NDS3 im ÜSG 125 Heseper Graben und 146 Vechte	17
Abb. 3-3:	Lageplanausschnitt zum Verlauf der Trasse NDS3 im ÜSG 264 Eilingerbecke mit Schrapsbecke/Wüstegraben.....	18

Tabellenverzeichnis

Tab. 2-1:	Aufstellung der betroffenen Gebiete der Überschwemmungsgebiete in NDS3	15
Tab. 3-1:	Wesentliche Verbots- bzw. Genehmigungstatbeständen und Befreiungsvoraussetzung	19

Plananlage

H1.6	Übersichtsplan Bauwasserhaltung und Querungen, NDS3	1 : 25.000
H1.6	Detailpläne Bauwasserhaltung und Querungen, NDS3	1 : 2.000

Abkürzungsverzeichnis

Abb.	Abbildung
dgl.	dergleichen
d. h.	das heißt
Drän.	Dränage
beids.	beidseitig
GFS	Geringfügigkeitsschwellen
ggf.	gegebenenfalls
GOK	Gewässeroberkante
GW	Grundwasser
GWS	Grundwasserstufe
HDD	Horizontal-Directional-Drilling
HQ	Abflussmenge bei Hochwasser
i. d. R.	in der Regel
i. Abh.	in Abhängigkeit
lfd.	laufend
KSR	Kabelschutzrohr
Mittelw.	Mittelwert
NABEG	Netzbaubeschleunigungsgesetz
NAS	Netzanbindungssysteme
NDS	Niedersachsen
nKG	nicht klassifiziertes Gewässer
NWG	Niedersächsisches Wassergesetz
NVP	Netzverknüpfungspunkt
o.	oder
PAK	Polyzyklische Aromatische Kohlenwasserstoffe
Rwsp.	Ruhewasserspiegel
spez.	spezifisch
Tab.	Tabelle
ÜSG	Überschwemmungsgebiet
UTM	Universale Transversale Mercator
UVP	Umweltverträglichkeitsprüfung
v. a.	vor allem
Vorentw.	Vorentwässerung
WHG	Wasserhaushaltsgesetz
z. B.	zum Beispiel
ZFSV	zeitweise fließfähiges selbstverdichtendes Verfüllmaterial
z. T.	zum Teil
zzgl.	Zuzüglich

1.1 Querung von Überschwemmungsgebieten (ÜSG)

Bei dem beantragten Vorhaben handelt es sich um Höchstspannungsleitungen, die als Erdkabeltrasse ausgeführt werden. Hierzu werden für das Vorhaben A-Nord zwei Kabelsysteme (System A und B) mit je drei Erdkabeln hergestellt.

Innerhalb des gemäß § 12 NABEG genehmigten Trassenkorridors wurde die Antragstrasse auf Grundlage von Planungsleit- und -grundsätzen entwickelt (siehe Unterlage A2.1). In Bezug auf die Überschwemmungsgebiete sehen diese vor, die Querungen möglichst zu reduzieren. Nicht vermeidbar sind im Abschnitt NDS 3 Querungen von Überschwemmungsgebieten in fünf Abschnitten an der Lee, am Heseper Graben, an der Vechte und der Eilingerbecke.

In den nachfolgenden Kapiteln 1.2 und 1.3 werden zunächst die bau- und betriebsbedingten potenziellen Einflüsse auf das Schutzgut Wasser näher erläutert.

1.2 Baubedingte Einflüsse

Die Erdkabel werden i. d. R. in den Leitungsrinnen der offenen Bauweise verlegt. Zur Minimierung der Eingriffsfläche erfolgt die Bauabfolge beim vorliegenden Vorhaben im Regelfall so, dass zunächst ein Kabelsystem (System A) und mit einem leichten zeitlichen und räumlichen Versatz das zweite Kabelsystem (System B) hergestellt werden. Die Regelbauweise wird verbunden mit der Bauabfolge im Erläuterungsbericht der Unterlage A2.1 näher beschrieben und im Regelgrabenprofil der Unterlage C3 dargestellt.

Im Bereich von Hindernissen, die nicht mit der offenen Bauweise gequert werden können, z. B. größere Gewässer, Fernleitungen (z. B. Gas, Öl, Sole), aber auch Kreis-, Landes- und Bundesstraßen oder Bahnstrecken, kommen geschlossene Bauweisen zum Einsatz. Die verschiedenen Bauverfahren sind im Erläuterungsbericht (Unterlage A2.1) näher beschrieben.

1.2.1 Baustellenbetrieb

Bei einer Tiefbau-Baustelle ist der Umgang mit wassergefährdenden Stoffen unvermeidbar, da diese Stoffe als Betriebsstoffe, Hydrauliköle und Schmierstoffe in Baumaschinen und Kleingeräten zum Einsatz kommen. Gefährdungspotenziale bestehen aus Betankungsvorgängen, aber auch aus Havarien und technischen Defekten während des Betriebes, bei denen diese Stoffe freigesetzt werden und in den Untergrund gelangen können.

Zur Reduzierung der aus diesem Themenkomplex resultierenden Risiken wurde ein Konzept mit technischen und organisatorischen Schutzmaßnahmen entwickelt, dessen Umsetzung auf der Baustelle von einem/einer Gewässerschutzbeauftragten überwacht wird. Das Schutzkonzept ist dem hydrogeologischen Fachgutachten der Unterlage J4 zu entnehmen. Die in J4 vorgesehenen Schutzmaßnahmen umfassen:

- Verwendung von qualitätsgesicherten, biologisch abbaubaren Betriebsstoffen für Baumaschinen und Fahrzeuge (sofern durch die Betriebserlaubnis der Maschinen zulässig).
- Wassergefährdende Stoffe und Betriebsmittel sind auf gesicherten Flächen außerhalb der sensiblen Bereiche zu lagern.
- Einsatz von Fahrzeugen und Geräten, die dem Stand der Technik entsprechen. Bei bau- oder witterungsbedingten längeren Stillstandzeiten sind die Baumaschinen und Fahrzeuge auf (übersandeter) Untergrundfolie abzustellen. Die Baufahrzeuge sind zudem nur innerhalb gesicherter Flächen zu betanken um das Risiko durch Leckagen, Tropfverluste und Unfälle oder Havarien ist zu vermindern.
- Einsatz von geschultem Personal.
- Zusätzlich ist ein Notfallplan für Unfälle aufzustellen und das vor Ort befindliche Personal dementsprechend zu unterweisen

Zusätzlich wird in Unterlage J3 erläutert, dass die Vorhabenträgerin dafür Sorge trägt, dass ein Alarmplan für etwaige Öl- und Treibstoffunfälle erstellt wird, um die eventuelle Ausbreitung wasser- und bodengefährdender Stoffe so weit wie möglich zu begrenzen. In Wasserschutzgebieten werden Betankungen nur mit gesonderten Schutzmaßnahmen (Auffangwanne oder auf befestigten Flächen) zugelassen.

1.2.2 Offene Bauweise

Die Arbeitsschritte zur Herstellung der offenen Kabelgräben, aus denen während des Baus ein Einfluss auf das Schutzgut Wasser resultieren können, sind im Wesentlichen:

- Herstellen von Baustraßen, bzw. Ausbau vorhandener Wege/Straßen zur Erreichbarkeit des Baufeldes
- Abtrag des Oberbodens über den Kabelgräben und seitliches lagern
- Verlegen und späteres wieder Aufnehmen der ca. 4,0 m breiten mittig zwischen den Kabelgräben verlaufenden Baustraßen (i. d. R. mobile Baustraßenelemente)
- Bodenaushub der Kabelgräben, seitliches lagern
- Materialtransporte
- Einbau von Schutzrohren, zeitweise fließfähigem selbstverdichtendem Boden (ZFSV, umgangssprachlich Flüssigboden) und Kabelschutzeinrichtung
- Wiedereinbau des seitlich gelagerten Bodens

Einbau, Betrieb und Rückbau der Maßnahmen zur Wasserhaltung

Neben den unter Kapitel 1.2 beschriebenen baubedingten Risiken hinsichtlich einer negativen Beeinflussung des Hochwasserabflusses bzw. der Überschwemmungssituation bei Hochwas-

ser, bestehen weitere Risiken durch eine Veränderung der Geländeoberfläche infolge Geländemodellierungen bzw. temporärer Bodenbereitstellungsmieten. Sowohl die Geländemodellierungen, als auch die Bodenlagerung treten nur kurzzeitig während der Herstellung der Kabelschutzrohranlage auf. Boden-Bereitstellungsmieten können mit Lücken so aufgehaldet werden, dass kein durchgängiges Abflusshindernis entsteht. Der Kabelgraben wird nach dem Einbau der Kabelschutzrohranlage wieder mit dem ursprünglichen Boden schichtengerecht bis auf das ursprüngliche Geländeniveau verfüllt. Verdrängter, bzw. nicht zum Wiedereinbau geeigneter Boden wird außerhalb der Überschwemmungsflächen fachgerecht verwertet (siehe Unterlage J3). Für den Bau benötigte Einrichtungen z. B. Baustraßen etc. werden vollständig entfernt. Insgesamt verbleibt nach Abschluss der Bauarbeiten in den vorliegend behandelten Überschwemmungsgebieten keine Veränderung der Geländeoberfläche.

Um im Hochwasserfall ein unkontrolliertes Abströmen über größere Grabenabschnitte in offener Bauweise zu vermeiden, können etwa in Höhe der ÜSG-Grenze temporäre Verwallungen als Sperrriegel in den Gräben vorgesehen werden.

1.2.3 Geschlossene Bauweisen

1.2.3.1 HDD-Verfahren

Die Arbeitsschritte bei Anwendung des HDD-Verfahrens, aus denen während des Baus ein Einfluss auf das Schutzgut Wasser resultieren können, sind im Wesentlichen:

- Abtrag des Oberbodens über den Ein- und Austrittspunkten der Bohrungen und der Spülungsgräben, seitliches lagern
- Verlegen und späteres wieder Aufnehmen der Befestigung des Bohrplatzes (rig site) und der Fläche zur Vorrichtung der Schutzrohranlage (pipe site)
- Durchführen der Bohrung unter Einsatz einer Bentonit-basierten Stütz- und Spülflüssigkeit
- Materialtransporte (Schutzrohre, Geräteanlieferung und -abtransport, Entsorgung der Stütz- und Spülflüssigkeit)
- Wiedereinbau des seitlich gelagerten Bodens

Die baubedingten Risiken für das Schutzgut Wasser entsprechen im Wesentlichen den aus der offenen Bauweise (siehe Kapitel 1.2.2) resultierenden Risikopotenzialen, so dass hier auf eine wiederholende Aufführung verzichtet wird. Insgesamt sind diese Einflüsse beim HDD-Verfahren deutlich geringer, da sich die Bodenbewegungen auf die Ein- und Austrittspunkte der Bohrungen und die Spülungsgräben beschränken.

1.2.3.2 Kurzvortriebe/Pilotrohrverfahren/Mikrotunnel

Kurzvortriebe/Pilotrohrverfahren bzw. Mikrotunnel als Alternative zur grabenlosen HDD-Verlegung gemäß Kapitel 1.2.3.1 sind bei der Querung von Überschwemmungsgebieten im Abschnitt NDS3 nicht vorgesehen.

1.2.4 Wasserhaltung

In Bereichen, in denen die Grundwasserstände über der geplanten Grabensohle liegen, ist eine Wasserhaltung erforderlich.

Im Bereich der offenen Regelbauweise werden vorzugsweise parallel zum Graben längsverlaufende Tiefendrainagen in den Boden eingefräst. Etwa alle 100 m werden die Tiefendrainagen an die Geländeoberfläche geführt und an eine Pumpe angeschlossen, die das Grundwasser hebt. Das Absenkziel unter Grabensohle beträgt im Allgemeinen 1,0 m an der ungünstigsten Stelle. Der in den Randdränagen hierzu erforderliche Absenkbetrag kann tiefer liegen. Über temporär verlegte Leitungen wird das Grundwasser bis zur Einleitstelle gepumpt. Einleitstellen sind in der Regel nahegelegene Gewässer oder Gräben.

Nach Abschluss der Baumaßnahmen werden die übertägigen Bestandteile der Wasserhaltung zurückgebaut. Die längsverlaufenden Drainagen verbleiben jedoch im Boden. Der entstehende Hohlraum wird mit einem bindigen Bodenmaterial verfüllt, so dass die Drainagestränge keine Verbindung mehr zueinander haben und eine großräumige Verlagerung der Grundwasserströme vermieden wird.

Insgesamt verbleibt nach Abschluss der Bauarbeiten – speziell in Überschwemmungsgebieten – keine dauerhafte Veränderung der Geländeoberfläche.

Die Unterlage H1.2 beinhaltet die für die wasserrechtliche Beantragung der Wasserhaltung erforderlichen Informationen.

1.3 Betriebsbedingte Einflüsse

Der Betrieb der Erdkabelanlage hat keinen Einfluss auf die Schutzziele in ÜSG. Weder die Abflussverhältnisse noch der Hochwasserrückhalt werden durch den Betrieb der Erdkabel nachteilig beeinflusst.

1.4 Darlegung von Verbots- und Befreiungstatbeständen gemäß WHG und NWG

Vorgaben zur Vermeidung ungünstiger Einflüsse auf festgesetzte Überschwemmungsgebiete und entsprechende Schutzvorschriften sind im Wasserhaushaltsgesetz (WHG) vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 4. Januar 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 5) gefasst. Diese in Kapitel 3 Abschnitt 6 §§ 76,77,78a und 78b WHG gelten in Verbindung mit den Vorgaben des Niedersächsischen Wassergesetzes (NWG) in der Fassung vom 25. März 1998 (Nds. GVBl. S. 86 - VORIS 28200 03 -), geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 21. Januar 1999 (Nds. GVBl. S. 10), hier Kapitel 4 Abschnitt 3 §§ 92, 93 und 94 NWG.

Im NWG §92 Abs. 2 wird darauf verwiesen, dass im Überschwemmungsgebiet nicht ohne Genehmigung der Wasserbehörde die Erdoberfläche erhöht oder vertieft, bauliche Anlagen hergestellt oder geändert und Stoffe, die den Hochwasserabfluß hindern können (Erde, Holz, Sand, Steine und dergleichen), gelagert werden dürfen. Die Genehmigung darf nur versagt werden, wenn der Hochwasserschutz im Sinne des § 92 Abs. 2 es erfordert und Nachteile durch Bedingungen und Auflagen weder verhütet noch ausgeglichen werden können. Durch die mehrfache Querung der Trasse in den räumlich getrennten ÜSG 124 – Lee, 125 – Heseper Graben, 146 – Vechte und 264 – Eileringsbecke mit Schrapfsbecke/Wüstegraben sind solchen baulichen Veränderungen unvermeidbar.

Eine Befreiung dieses Verbotstatbestandes liefert §92 (5) NWG mit der Möglichkeit, Anlagen, ohne nachteilige Auswirkungen auf den Abfluss des Hochwassers vom Genehmigungsvorbehalt nach § 92 Abs. 2 NWG freistellen. Bzgl. der Erläuterung der Befreiungsvoraussetzungen wird auf die nachstehenden Ausführungen zu §78 (5) 1. a) bis d) WHG verwiesen.

Nach §78a WHG kann Die zuständige Behörde die Errichtung oder Erweiterung einer baulichen Anlage innerhalb eines ÜSG im Einzelfall genehmigen, wenn durch die geplanten Bauweisen nachteilige Veränderungen weitestgehend auszuschließen sind, indem:

Zu §78 (5) 1. a) die Geländeoberfläche nicht nachteilig verändert wird, und damit die Hochwasserrückhaltung nicht beeinträchtigt wird und kein Rückhalteraum verloren geht

Zu §78 (5) 1. b) die Geländeoberfläche nicht nachteilig verändert wird und damit der Wasserstand und der Abfluss bei Hochwasser nicht nachteilig beeinflusst werden

Zu §78 (5) 1. c) der bestehende Hochwasserschutz nicht beeinträchtigt wird, weil keine Hochwasserschutzmaßnahmen vom Vorhaben betroffen sind.

Zu §78 (5) 1. d) das Vorhaben hochwasserangepasst ausgeführt wird, was durch die Regeltiefe der Kabelverlegung in einer Kabelschutzrohranlage mind. 1,5 m unter Gewässer-
sohle gegeben ist.

Auch die Verbotstatbestände aus §78a (1) Punkte 3-5 des WHG müssen beachtet werden, können aber ebenfalls durch die Befreiungstatbestände §78a (2) und (3) realisiert werden.

Zu §78a (2) Ziffer 1: Bzgl. des Wohls der Allgemeinheit siehe letzter und vorletzter Absatz in diesem Kapitel

Zu §78a (2) Ziffer 2: Hier wird auf die obenstehenden Erläuterungen zu §78 (5) 1. a) bis d) verwiesen.

Zu §78a (2) Ziffer 3: Bzgl. der Gefährdung von Leben oder Gesundheit oder erhebliche Sachschäden wird auf die Unterlagen F, und der darin enthaltenen Betrachtung der Schutzgüter verwiesen.

Abschließend sei noch auf das Gebot aus §78b (1) Ziffer 2 Satz 1 WHG hingewiesen. Bzgl. der Erläuterung der Befreiungsvoraussetzungen wird auf die Ausführungen zu §78 (5) 1. a) bis d) verwiesen.

2 Zusammenstellung der betroffenen Überschwemmungsgebiete

Im Planfeststellungsabschnitt NDS3 sind durch das Vorhaben die folgenden Überschwemmungsgebiete betroffen.

Tab. 2-1: Aufstellung der betroffenen Gebiete der Überschwemmungsgebiete in NDS3

Gewässer	ÜSG Nummer/Kennzeichnung	Stationierung von	Stationierung bis	Länge im ÜSG	Vorherrschende Bauweise
Lee	124	SL110 0+361	SL111 0+732	1.416	offen
Lee	124	SL113 0+002	SL113 0+180	177	offen
Hesepfer Graben	125	SL114 0+437	SL114 1+035	618	Teils offen, teils geschlossen
Vechte	146	SL116 0+348	SL117 0+068	640	teils offen, teils geschlossen
Eilingerbecke mit Schrappebecke/Wüstegraben	264	SL134 0+911	SL134 1+357	446	offen

Auf die vorgenannten fünf Querungen von Überschwemmungsgebieten wird im nachfolgenden Kapitel eingegangen.

3 Einzelbeschreibung der betroffenen Überschwemmungsgebiete

3.1 Überschwemmungsgebiete 124 Lee

Die Trasse quert die Lee resp. das Überschwemmungsgebiet 124 Lee westlich von Nordhorn-Klausheide in zwei Einzelabschnitten zwischen SL110_0+361 und SL111_0+732 sowie weiter südlich im Übergangsbereich zum Heseper Graben zwischen SL113_0+002 und SL113_0+180 in offener Bauweise. Der Verlauf der Trasse durch das ÜSG 124 Lee ist in Abb. 3-1 dargestellt. Das ÜSG ist in der Abbildung durch die blaue Fläche mit der umhüllenden roten Linie gekennzeichnet.

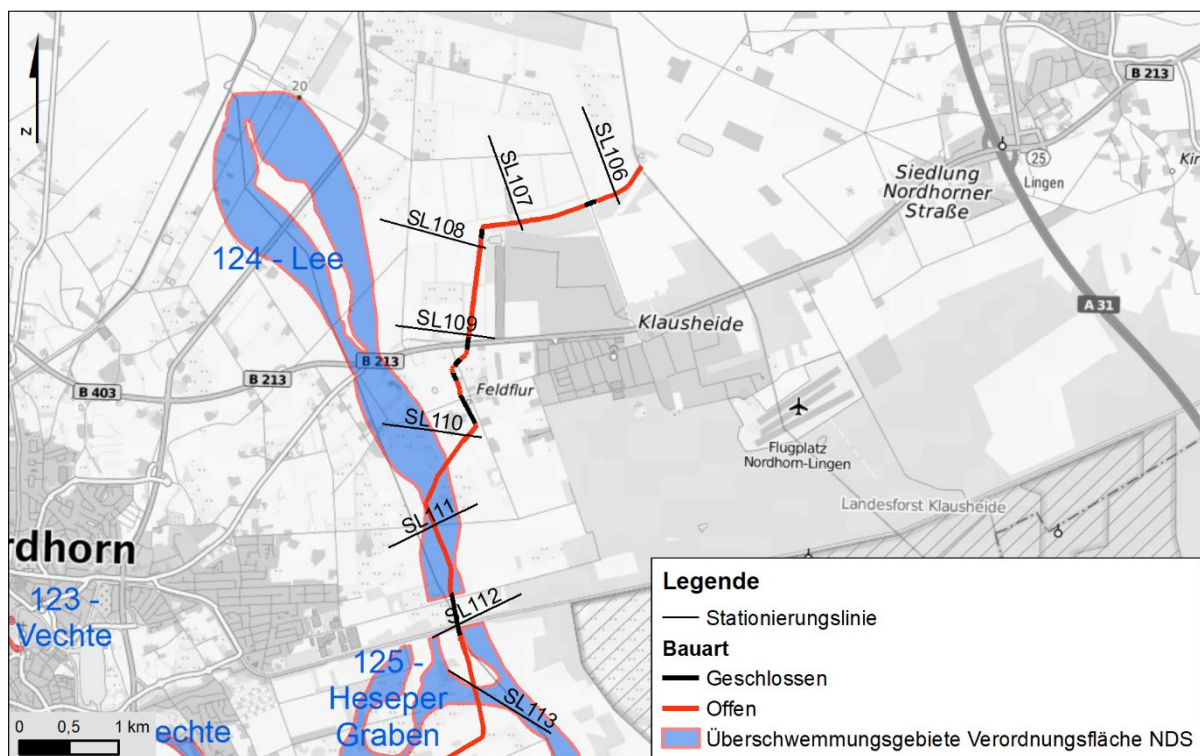


Abb. 3-1: Lageplanausschnitt zum Verlauf der Trasse NDS3 im ÜSG 124 Lee und 125 Heseper Graben

3.2 Überschwemmungsgebiet 125 Heseper Graben und 146 Vechte

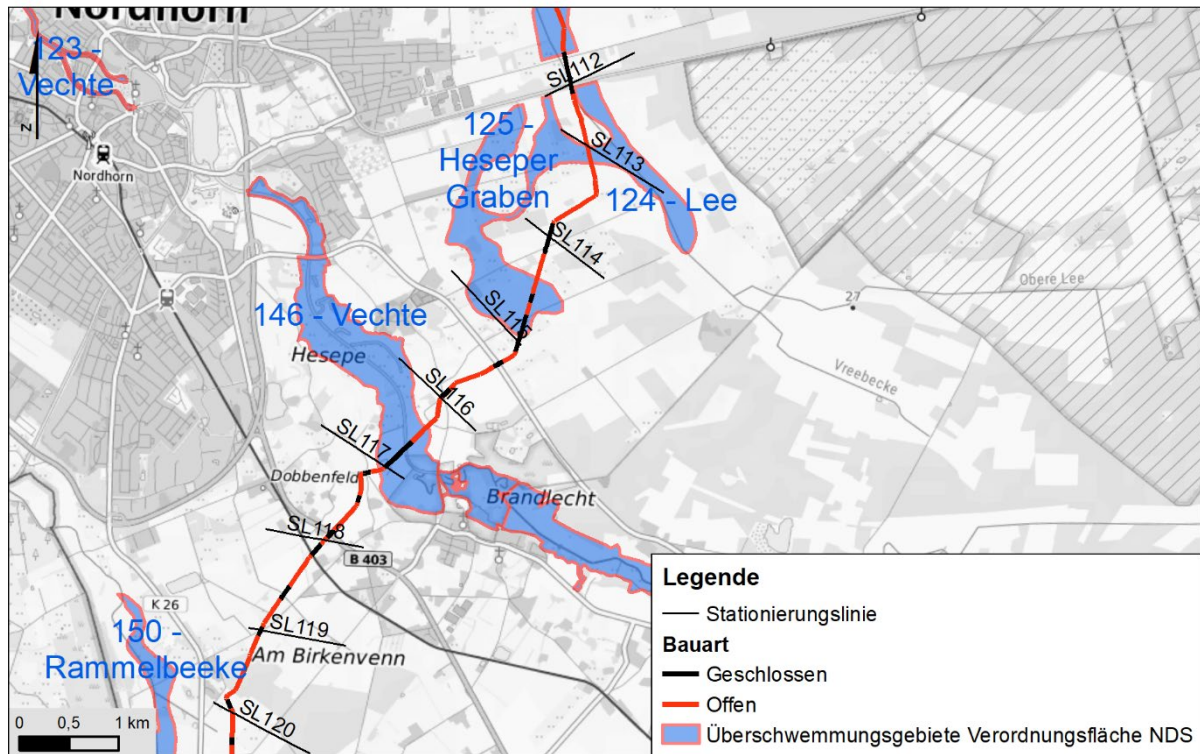


Abb. 3-2: Lageplanausschnitt zum Verlauf der Trasse NDS3 im ÜSG 125 Heseper Graben und 146 Vechte
Die Querung des Überschwemmungsgebiets des Heseper Grabens erfolgt in offener Bauweise. Die offene Bauweise wird zwischen SL114_0+600 und SL114_0+700 und zwischen SL114_0+800 und SL114_1+035 mit geschlossener Bauweise (HDD) unterbrochen.

Das Überschwemmungsgebiet 146 Vechte wird von Norden kommend über rd. 200 m offen, dann über eine Strecke von 371 m geschlossen und abschließend im Süden über 64 m wiederum offen gequert.

3.3 Überschwemmungsgebiet 264 Eilingerbecke mit Schrapsbecke/Wüstegraben

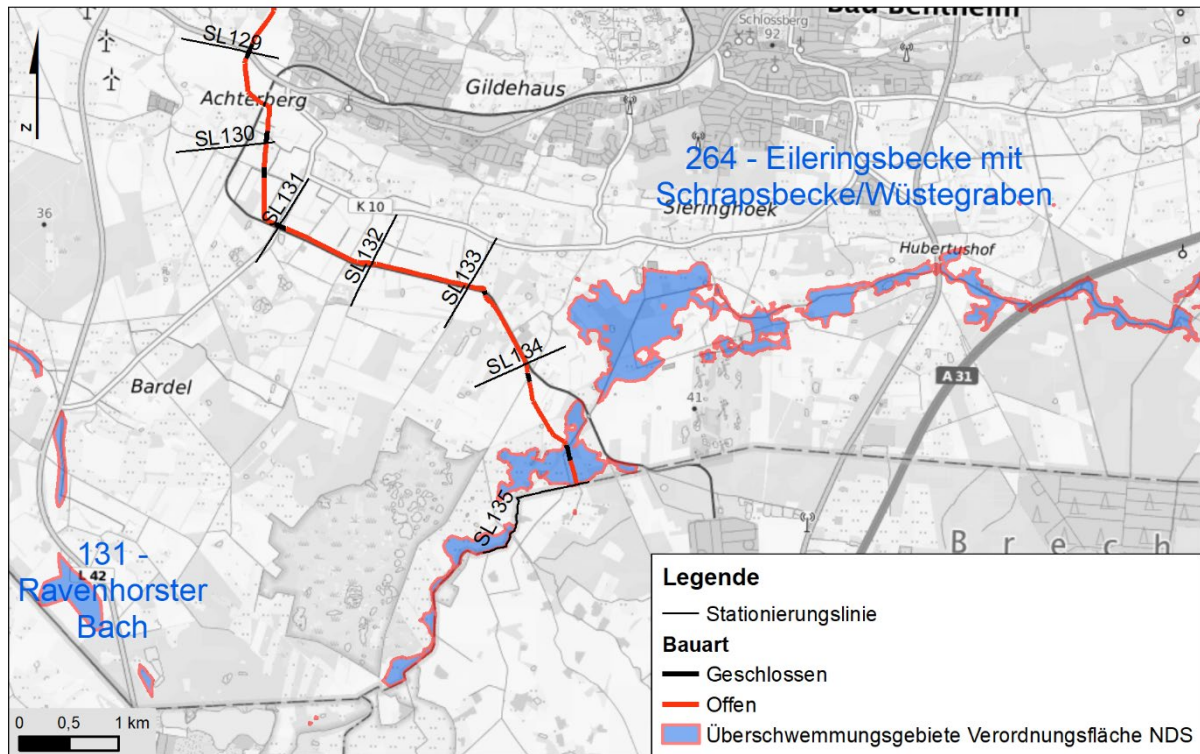


Abb. 3-3: Lageplanausschnitt zum Verlauf der Trasse NDS3 im ÜSG 264 Eilingerbecke mit Schrapsbecke/Wüstegraben

Das Überschwemmungsgebiet 264 der Eilingerbecke mit Schrapsbecke/Wüstegraben wird im HDD Verfahren ab SL134_0+911 über 166 m und folgend offen bis SL134_1+357 gequert.

3.4 Darlegung der Verbots- und Genehmigungstatbestände sowie der Befreiungsvoraussetzungen

Aufgrund der besonderen Schutzbedürftigkeit der ÜSG werden die durch das Vorhaben ausgelösten Verbots- bzw. Genehmigungstatbeständen im Sinne einer allgemeingültigen Darlegung in nachfolgender Tab. 3-1 aufgeführt.

Tab. 3-1: Wesentliche Verbots- bzw. Genehmigungstatbeständen und Befreiungsvoraussetzung

	Genehmigungsvorbehalt in Anlehnung an §§ 78, 78a WHG	Vorhabenbezogene auslösende Tätigkeit im ÜSG	Befreiungsvoraussetzung
Lagerung (zu § 78 (5) Ziffer 2 WHG)	<ul style="list-style-type: none">Die nicht nur kurzfristige Ablagerung von Gegenständen, die den Wasserabfluss behindern können.	<ul style="list-style-type: none">Die mögliche Beeinflussung durch bauzeitliche Bereitstellung von Bodenaushub bis zur Wiederverfüllung ist in Kapitel 1.2.2 erläutert.	<ul style="list-style-type: none">Durch die Vermeidungs- und verminderungsmaßnahmen bei der temporären Bodenbereitstellung gem. Kapitel 1.2.2 wird der Einfluss auf den Hochwasserabfluss auf das unvermeidbare Maß reduziert. Für Abschnitte in geschlossener Bauweise zur Querung des ÜSG sind keine Bodenablagerungen innerhalb des ÜSG vorgesehen. Eine Gefährdung des Schutzzweckes ist in diesem Sinne durch die Baumaßnahme nicht gegeben.
Veränderung der Geländeoberfläche (zu § 78 (5))	<ul style="list-style-type: none">Veränderung der Geländeoberfläche, die eine Retention vermindern und/oder den Abfluss behindern können	<ul style="list-style-type: none">Eine Beeinflussung von Retention bzw. Wasserabfluss ist in Kapitel 1.2.2 erläutert.	<ul style="list-style-type: none">Durch die Wiederherstellung der ursprünglichen Geländeform ohne verbleibende übertägige Bauwerke ist eine Minimierung von Retentionsraum und/oder Abflussbehinderung nicht gegeben.
Wassergefährdende Stoffe (zu § 78a (2) Ziffer 3)	<ul style="list-style-type: none">Das Aufbringen oder Ablagern von wassergefährdenden Stoffen im ÜSG	<ul style="list-style-type: none">Eine mögliche Beeinflussung durch den Einsatz wassergefährdender Stoffe ist in Kapitel 1.2 erläutert	<ul style="list-style-type: none">Durch die in Kapitel 1.2 beschriebenen Schutzkonzepte wird das nur für die Bauzeit bestehende Risiko aus dem Eintrag von wassergefährdenden Stoffen auf ein Maß reduziert, wie es auch durch die üblicherweise zugelassenen Tätigkeiten in Schutzgebieten (z. B. Land- und Forstwirtschaft, Gewässerunterhaltung) dauerhaft besteht. Eine Gefährdung des Schutzzweckes ist in diesem Sinne durch die Baumaßnahme nicht gegeben.

4 Schlussbemerkung

Allgemein lässt sich festhalten, dass durch die geplante Baumaßnahmen potenziell die in Kapitel 1.2 und 1.3 genannten Einflussfaktoren auf das Schutzgut Wasser wirken, welche jedoch durch gezielte Vorsichts- bzw. Schutzmaßnahmen reduziert oder ausgeglichen werden, so dass der Schutzzweck nicht gefährdet wird.

Gemäß § 52 Abs. 1 Satz 2 WHG kann die zuständige Behörde von einem Verbot nach § 52 Abs. 1 Satz 1 WHG eine widerrufliche Befreiung erteilen, wenn überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Maßnahme erfordern.

Dem Wohl der Allgemeinheit dienen die geplanten Maßnahmen zum einen deshalb, weil das Gesamtvorhaben der Energieversorgung dient und mithin einer öffentlichen Aufgabe von größter Bedeutung, weshalb das Vorhaben und damit auch die geplanten Maßnahmen im Überschwemmungsgebiet der Daseinsvorsorge zuzuordnen sind. Ferner sprechen auch die Bewirtschaftungsziele (§§ 47 ff. WHG) für eine Qualifikation der Maßnahmen als gemeinwohlförderlich, da die Maßnahmen den guten mengenmäßigen und chemischen Zustand des Gewässers (vgl. § 47 WHG) nicht gefährden und der Umsetzung eines Gesamtvorhabens dienen, dass dem Gelingen der Energiewende, der Bekämpfung der Erderwärmung und damit auch der nachhaltigen Gewässerbewirtschaftung dient. Eine nachhaltige Gewässerbewirtschaftung inkludiert gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 5 WHG bekanntlich auch Maßnahmen, die möglichen Folgen des Klimawandels vorbeugen. Andere Maßnahmen, die bei einer bewirtschaftungsrechtlichen Gesamtbetrachtung besser geeignet wären, das angestrebte Ziel zu verwirklichen, sind nicht ersichtlich. Die geplanten Maßnahmen sind daher auch erforderlich, um dem Allgemeinwohl angemessen Rechnung zu tragen.

Damit liegen die Voraussetzungen für eine Befreiung nach § 52 Abs. 1 Satz 2 WHG vor. Die zuständige Behörde wird gebeten, im Rahmen ihres pflichtgemäßen Ermessens die erforderlichen Befreiungen erteilen.

5 Literaturverzeichnis

NWG: Niedersächsisches Wassergesetz (NWG) vom 19. Februar 2010 (Nds. GVBl. S. 64 - VORIS 28200 -) (2), zuletzt geändert durch Artikel 3 § 19 des Gesetzes vom 20. Mai 2019 (Nds. GVBl. S. 88) (3)

WHG: Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz) vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 4. Januar 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 5) geändert worden ist.